

Trumps verdrehte Version der Monroe-Doktrin

Prof. Jeffrey Sachs erörtert, wie eine erneuerte Monroe-Doktrin entweder eine antiimperialistische Initiative sein könnte, die Sicherheitszonen anerkennt, oder wie sie den US-Imperialismus fördern und ohne Zustimmung der anderen Großmächte verfolgt werden könnte. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glenndiesen.substack.com/> X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: <https://www.patreon.com/glenndiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glenndiesen> Buy me a Coffee: [buymeacoffee.com/gdieseng](https://www.buymeacoffee.com/gdieseng) Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

#Glenn

Willkommen zurück im Programm. Wir sind hier mit Professor Jeffrey Sachs, um über die neue Monroe-Doktrin der Vereinigten Staaten zu sprechen. Vielen Dank, dass Sie aus dem Vatikan zu uns gekommen sind – wenn ich mich nicht irre? Nun, in Rom, ja, genau. Also, in dieser neuen nationalen Sicherheitsstrategie, über die derzeit alle sprechen, bekräftigen die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin – nicht verdeckt oder mit Euphemismen oder versteckten Formulierungen. Stattdessen ist sie ganz direkt; sie wird immer wieder erwähnt. Zu Beginn heißt es: „Nach Jahren der Vernachlässigung werden die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin erneut bekräftigen und durchsetzen, um die amerikanische Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen.“ Nun, als Wirtschaftshistoriker – wie sehen Sie die Rolle der Monroe-Doktrin in Bezug darauf, wie sie unterschiedlich interpretiert wird und wie die Trump-Regierung sie nutzt?

#Jeffrey Sachs

Sehr gut, denn der Punkt ist: Es geht hier nicht darum, die Monroe-Doktrin wieder zu bekräftigen – sie wird völlig verfälscht, und sie hat sich im Laufe der Geschichte mehrfach verändert. Die ursprüngliche Monroe-Doktrin zielte darauf ab, den europäischen Kolonialismus auf dem amerikanischen Kontinent zu stoppen, doch heute wird sie als Freibrief für US-Hegemonie und dreistes Mobbing in der Region verstanden. Wenn Trump also eine Ergänzung zur Monroe-Doktrin beansprucht, spricht er in Wirklichkeit nicht über die Monroe-Doktrin; er spricht über eine trumpistische Version, die völlig anders ist als das Original. Die Monroe-Doktrin wurde 1823 verkündet. Es war die siebte Jahresbotschaft von Präsident James Monroe an den Kongress, und dies war nur ein Teil dieser Botschaft. Die Monroe-Doktrin selbst enthielt drei Hauptprinzipien.

Das war in den frühen 1820er Jahren, nachdem die lateinamerikanischen Länder nach den Napoleonischen Kriegen ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Sie hatten sich gegen die europäischen

Reiche erhoben, und nun gab es unabhängige Nationen in Mittel- und Südamerika. Die Vereinigten Staaten erklärten zunächst, dass das Zeitalter des europäischen Kolonialismus in Amerika zu Ende sei. Das bedeutete nicht das Ende aller europäischen Kolonien – einige bestehen bis heute, etwa in der Karibik oder sogar in Südamerika. Aber der entscheidende Punkt war, dass es keine neuen Kolonien mehr geben sollte. Das zweite Prinzip lautete, dass Europa sich nicht in die Angelegenheiten Amerikas einmischen sollte. Es war also eine Idee der Nichteinmischung – nicht nur das Ende des Kolonialismus, sondern auch das Ende der europäischen Einflussnahme. Man muss sich vergegenwärtigen, dass dies das Zeitalter des ausgeprägten europäischen Imperialismus war.

Und die Vereinigten Staaten, damals ein neues und relativ schwaches Land, behaupteten, dass die europäischen Imperien sich nicht in die inneren Angelegenheiten der neu unabhängigen Länder einmischen sollten, die sich von Europa losgelöst hatten. Es gab eine dritte Klausel, fast nie erwähnt, aber sehr wichtig, die besagte, dass sich die Vereinigten Staaten ihrerseits nicht in die Angelegenheiten Europas einmischen würden. Von Anfang an war die Monroe-Doktrin also eine Doktrin der Gegenseitigkeit. Das wird kaum je erwähnt. Die Vereinigten Staaten sagten von Beginn an: „Ihr lasst uns in Ruhe, und wir lassen euch in Ruhe.“ Nun, das ist tatsächlich nie angewendet worden – zumindest nicht, seit die Vereinigten Staaten eine Großmacht geworden sind. International wurde die Doktrin im 20. Jahrhundert so angewendet: „Ihr lasst uns in Ruhe, und wir stören euch, wie es uns passt.“ Vielen Dank.

Der Aspekt der Gegenseitigkeit war 1823 sehr wichtig, wurde dann aber aufgegeben. Man kann sehen, dass die Monroe-Doktrin im Jahr 1823 keine Doktrin war, die US-Vorrechte in Amerika, das Recht der USA auf Intervention oder Ähnliches beanspruchte. Sie war eine Botschaft an Europa: Beendet euren Kolonialismus, hört auf, euch in die inneren Angelegenheiten Amerikas einzumischen, und wir, die Vereinigten Staaten, werden uns nicht in die inneren Angelegenheiten Europas einmischen. Im 19. Jahrhundert wurde die Monroe-Doktrin mehrfach herangezogen – zum Beispiel, als Napoleon III. versuchte, in Mexiko einen Kaiser einzusetzen, und die Vereinigten Staaten erklärten, dass europäische imperialistische Mächte sich nicht in Amerika einmischen dürften.

Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte die USA ihre Eroberung Nordamerikas abgeschlossen, was die wichtigste imperialistische Expansion der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert darstellte – die kontinentale Expansion. Doch sobald der Kontinent unter US-amerikanischer Kontrolle stand, nahmen die internationalen Handlungen der USA einen imperialen Charakter an. Bereits in der Mitte der 1890er Jahre berief sich Präsident Grover Cleveland auf die Monroe-Doktrin, um Großbritannien daran zu hindern, eine territoriale Anpassung zwischen Venezuela und Britisch-Guayana zu erzwingen. Dies war ein Beispiel dafür, dass die Vereinigten Staaten mehr Ansprüche geltend machten – sie sagten im Grunde: „Wir werden diese Fragen entscheiden“, nicht die europäischen Mächte. Großbritannien war schließlich im Jahr 1895 die führende Macht der Welt. Doch dann, im Jahr 1905, formulierte unser eigentlicher imperialistischer Präsident, Theodore Roosevelt, eine Ergänzung – und das ist sehr, sehr wichtig.

Es hat auch einen Hintergrund. Die Roosevelt-Korollarerklärung von 1904 besagte tatsächlich, dass die USA ihre Polizeifunktion in der westlichen Hemisphäre ausübten – die USA waren dort, um Ordnung in der westlichen Hemisphäre aufrechtzuerhalten. Das war also etwas ganz anderes als die Doktrin von 80 Jahre zuvor. Sie war nicht länger nur eine an Europa gerichtete Doktrin; sie war eine Bekräftigung der amerikanischen Macht in Amerika, dass die USA der „Polizist“ der Region sein würden. Sie hat tatsächlich einen interessanten Ursprung. Venezuela war in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts – etwa 1902, glaube ich – mit seinen Auslandsschulden in Verzug geraten, und Großbritannien entsandte Kriegsschiffe, ein Beispiel sogenannter Kanonenbootdiplomatie, in den Hafen von Caracas und begann, die Stadt zu beschießen, um die Wiederaufnahme des Schuldendienstes zu erzwingen.

Und so diente Roosevelts Zusatzdoktrin teilweise dazu, die Kanonenbootpolitik Großbritanniens und anderer europäischer Gläubigermächte zu beenden. Aber sie sagte nicht einfach nur: „Hört damit auf.“ Sie erklärte: „Wir übernehmen die Polizeiarbeit.“ Nach der Roosevelt-Doktrin griffen die USA wiederholt militärisch in der Karibik und in Mittelamerika ein – sie landeten Truppen auf Kuba, in Nicaragua, Haiti oder der Dominikanischen Republik –, wo sie es im Rahmen der von Roosevelt eingeführten Doktrin für angebracht hielten. Dies änderte sich zum Besseren im Jahr 1934, als Franklin Roosevelt ins Amt kam und sagte: „Okay, wir werden unsere eigene Kanonenbootpolitik beenden. Wir werden unsere Interventionen mit den Marines einstellen.“

Wir werden eine Gute-Nachbarschaftspolitik haben. Und das geschah, weil Lateinamerika vor Wut über all die US-Militärinterventionen kochte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde, sehr wichtig, ein kontinentales Abkommen verabschiedet – die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten – in Bogotá im Jahr 1948. Und in dieser Charta, ich glaube, es ist Artikel 19, gibt es eine sehr wichtige Nichtinterventionsklausel, die festlegt, dass es in Amerika eine kollektive Sicherheit gibt und kein Land militärisch oder politisch in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes eingreifen wird. Wie schön und interessant – und wie anders im Vergleich zu dem, was jetzt behauptet wird.

Damit kommen wir schließlich zu Trump. Eigentlich, noch bevor wir zu Trump kommen, nur zur Erwähnung: Als die Sowjetunion 1962 offensive Atomwaffen auf Kuba stationierte – nach der Kubanischen Revolution und nachdem die Vereinigten Staaten 1961 versucht hatten, Kuba in der Schweinebucht zu invadieren und Castro zu stürzen – berief sich die USA damals auf die Monroe-Doktrin und tat dies auch wiederholt danach, mit der Begründung, dass äußere Mächte sich nicht in die Angelegenheiten Amerikas einmischen dürften, was gewissermaßen die ursprüngliche Bedeutung der Doktrin war. Aber das führt uns zu Trump, denn Trump ist gewissermaßen die Roosevelt-Korollar-Erweiterung auf Steroiden. Es bedeutet, dass die USA nicht nur der Polizist sind, sondern der Hegemon – der Boss. Nicht nur werden wir für Ordnung sorgen, nicht nur werden wir Fischereifahrzeuge in die Luft jagen, wenn wir sagen, sie schmuggeln Drogen...

Wir werden nicht nur Öltanker beschlagnahmen, wann immer uns danach ist, so wie es die Vereinigten Staaten vor ein paar Tagen getan haben, sondern wir beanspruchen auch das Recht,

dem Rest Amerikas vorzuschreiben, mit wem sie Geschäfte machen dürfen und mit wem nicht. Es geht nicht nur darum, dass sich andere Länder nicht in innere Angelegenheiten einmischen dürfen – sie dürfen nicht einmal wirtschaftlich tätig werden. Sie dürfen nicht handeln, sie dürfen nicht investieren, wenn die Vereinigten Staaten es so bestimmen. Die Trump'sche Folgerung lautet also: Wir sind der Boss, wir sind die Hegemonialmacht. Wir tun, was wir wollen. Wir sagen anderen Ländern: „Ihr werdet Verträge mit amerikanischen Unternehmen abschließen, als einzige Bezugsquelle. Ihr werdet keine Geschäfte mit China machen. Ihr werdet keinen äußeren Einfluss auf sogenannte strategische Vermögenswerte zulassen.“

Was ist das? Was wir als strategische Vermögenswerte betrachten. Wir werden euch sagen, wer in unserer Hemisphäre investieren darf und wer nicht. Und ihr werdet das akzeptieren – eine von Amerika geführte Ordnung. Das ist absolut außergewöhnlich. All das heißt also, Glenn, entschuldige meine Weitschweifigkeit, aber das ist eine vollständige Umwandlung dessen, was James Monroe 1823 dem US-Kongress vermittelte, nämlich dass Europa seine Kolonialpolitik beenden, sich nicht einmischen und sich heraushalten solle – und dass wir im Verhältnis zu Europa dasselbe tun würden. Jetzt ist es ein Anspruch auf amerikanischen Kolonialismus, auf das Recht, in den Amerikas zu schikanieren, und alle anderen sollen sich heraushalten. Nun, das ist etwas – es ist keine Folgerung, sondern ein völlig anderer Anspruch, und ein ziemlich empörender dazu.

#Glenn

Nun, ich bin froh, dass du hier sowohl die positiven als auch die negativen Seiten dargelegt hast, denn es ist ein schwieriges Gleichgewicht zu finden. Die Monroe-Doktrin war in dem Sinne antiimperialistisch, dass sie europäische Kolonialmächte aus Amerika heraushalten sollte. Aber bei ihrer Durchsetzung lässt sie sich leicht in eine imperiale Politik verwandeln, indem sie den amerikanischen Imperialismus begünstigt. Wie finden wir also dieses Gleichgewicht – anderen zu verlangen, sich herauszuhalten, ohne selbst die Vorherrschaft zu beanspruchen? Denn genau das sehen wir oft an den Grenzen großer Mächte. Du und ich haben schon früher darüber gesprochen, dass dasselbe auch auf die Ukraine zutrifft.

Das heißt, die westlichen Länder hätten nicht – nun ja, sie haben die Regierung untergraben. Sie hätten nicht militärisch eingreifen sollen. Allerdings gibt das Russland auch nicht das Recht, dort die Vorherrschaft zu übernehmen. Wie findet man also ein Gleichgewicht? Und außerdem müsste das auf Gegenseitigkeit beruhen – also auf Abkommen mit anderen –, denn es ist sehr schwer, den anderen Großmächten zu vermitteln, dass wir weiterhin an ihren Grenzen stehen dürfen, sie aber nicht an unseren. Wie ließe sich das praktisch umsetzen, wenn man sich mit diesen Weltführern zusammensetzen und eine Art zivilisierte Monroe-Doktrin aushandeln würde, wenn man so will?

#Jeffrey Sachs

Die Monroe-Doktrin hat tatsächlich zwei sehr attraktive Elemente. Eines ist der Anti-Imperialismus – man soll sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Sie war eine frühe

Formulierung dieses Prinzips, das heute in der UN-Charta verankert ist. Die Idee, dass Staaten souverän sind und dass andere sich nicht in ihre inneren politischen Angelegenheiten einmischen sollten, ist eine sehr gute. Nur erkennt die Vereinigten Staaten sie in der Praxis nicht an, da die US-Außenpolitik typischerweise auf Regimewechsel-Operationen basiert. Von allen Ländern der Welt betreiben die Vereinigten Staaten in der Tat kaum Diplomatie im normalen Sinne, also nach dem Motto: „Wir haben ein Problem mit euch, lasst uns verhandeln“, insbesondere dann nicht, wenn die andere Regierung so klein ist, dass Washington meint, sie einfach übergehen zu können.

Es heißt: „Wir werden euch verändern. Wir werden euch stürzen.“ Und es hat natürlich wahrscheinlich etwa hundert solcher Regimewechsel-Operationen gegeben. Ich beziehe mich gerne auf das wunderbare Buch von Lindsay O'Rourke mit dem Titel **Covert Regime Change**. Sie war Doktorandin von John Mearsheimer und hat eine bemerkenswerte Studie über alle US-Regimewechsel-Operationen zwischen 1947 und 1989 durchgeführt. Sie zählte vierundsechzig verdeckte Regimewechsel-Operationen auf – verdeckt bedeutet, dass die USA versuchten, eine Regierung zu stürzen, und dann darüber logen, ihre Beteiligung leugneten. Das ist also das, was in der Monroe-Doktrin zunächst abgelehnt wird – sehr ansprechend. Zweitens ist die Monroe-Doktrin, wie wir beide erwähnt haben, wechselseitig, was wiederum völlig in Vergessenheit geraten ist.

Die Vereinigten Staaten sagen ganz klar: „Wir werden uns nicht in Europa einmischen.“ Und das geht tatsächlich auf George Washingtons Abschiedsrede zurück, in der er sich gegen Verstrickungen in europäische Angelegenheiten ausspricht – dass die Vereinigten Staaten sich nicht in Europas endlose Kriege hineinziehen lassen sollten. Das sind also zwei attraktive Ideen: Nichtintervention und Gegenseitigkeit als grundlegende Normen. Ich denke, sie können heute in ein legitimes System eingebaut werden, über das wir gesprochen haben und das ich „Sicherheitszonen“ nenne. Mit Sicherheitszonen meine ich eine Art Weiterentwicklung der Monroe-Doktrin, etwas anders formuliert. Es bedeutet, dass die Großmächte – und damit meine ich die großen Nuklearmächte, die Macht über ihre Grenzen hinaus projizieren können: die Vereinigten Staaten, Europa, Russland, China und Indien – die Grenzregionen der anderen Großmächte respektieren sollten, um nicht eine Eskalation zu provozieren, die zu einem Atomkrieg werden könnte. Das wäre ein Teil davon.

Das ist wie die Monroe-Doktrin. Sie besagt, dass Russland oder China sich nicht in den Amerikas einmischen sollten, aber die Vereinigten Staaten sollten sich auch nicht in Russlands unmittelbarer Nachbarschaft – der Ukraine – oder in China, Taiwan, einmischen. Und das wäre wechselseitig. Ich würde dies jedoch mit der Good-Neighbor-Politik von Franklin Roosevelt verbinden, die tatsächlich funktionierte und sehr wichtig ist. Das ist ein weiterer Grund, warum ich Franklin Roosevelt für den größten amerikanischen Präsidenten halte. Als er ins Amt kam, sagte er: „Wir werden diese militärischen Interventionen der Vereinigten Staaten in den Amerikas beenden.“ Und das tat er auch. Seine Vision war, dass wir selbst viel sicherer wären, wenn wir kollektive Sicherheit in unserer Region hätten.

Die Idee einer Sicherheitszone ist eine Großmachtvereinbarung, bei der die Großmächte sagen: „Wir werden die roten Linien anderer Großmächte nicht überschreiten“, um einen globalen Konflikt zu

vermeiden – etwas, das die Vereinigten Staaten zuvor offen verletzt haben, etwa durch das Vorantreiben der NATO-Erweiterung auf die Ukraine und Georgien. Aber die Politik des guten Nachbarn besagt, dass dies keine Lizenz für Russland ist, die Ukraine oder Georgien zu beherrschen, ebenso wenig wie es eine Lizenz für die Vereinigten Staaten ist, Mexiko zu kontrollieren oder die Regierung Venezuelas zu stürzen, was Trump gerade zu tun versucht.

Das sind also die beiden Prinzipien, die ich mir wünsche: keine Einmischung der Großmächte in die Nachbarschaften anderer Großmächte, damit wir die Welt nicht in die Luft jagen – aber gleichzeitig die Botschaft an die Großmächte: Ihr seid keine Tyrannen. Ihr habt kein Recht auf militärische Intervention. Ihr habt kein Recht, genau das zu tun, was Trump derzeit in Venezuela tut, nämlich ausdrücklich Venezuela zu destabilisieren, um eine Regierung zu stürzen. Das darf sich nicht durchsetzen. Es verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen und meiner Ansicht nach auch gegen die Sicherheit der USA. Ja, wir können alle möglichen Dinge tun, aber führt das zu guten Ergebnissen? Nein.

Wenn man sich die Lehren aus Lindsay O'Rourkes hervorragender Studie ansieht, stellt man fest, dass diese Regimewechsel-Operationen in der Regel Katastrophen sind. Ja, vielleicht wird eine Regierung gestürzt – aber was kommt danach? Meistens Bürgerkrieg, Unruhen, Massenmigration, wirtschaftlicher Zusammenbruch. Mit anderen Worten: Das führt nicht zu Stabilität, sondern zu Instabilität, die sich tatsächlich zu einer neuen regionalen oder globalen Unordnung ausweiten kann. Die Idee, sich einzumischen, Regierungen zu stürzen und sich – nach der Trump'schen Logik – als Schläger des westlichen Hemisphäre aufzuspielen, liegt also nicht im Interesse Amerikas, geschweige denn im Interesse der betroffenen Länder.

#Glenn

Mir gefällt allerdings die Idee, zu einer Großmachtordnung zurückzukehren. Sie kann auch eine negative Form annehmen, wenn man denkt, dass die Großmächte die Welt unter sich aufteilen. In einer eher wohlwollenden Form jedoch – wenn die Großmächte zusammenkommen, nicht um exklusive Einflusszonen abzustecken, sondern um zu akzeptieren, dass sie sich gegenseitig aus den Hinterhöfen heraushalten und ihre Interessen aufeinander abstimmen müssen – dann gilt im Grunde: Wenn die großen Teile an ihrem Platz sind, lassen sich die kleineren danach leichter ordnen. Nun wurde berichtet, dass die Trump-Regierung etwas als Alternative zur G7 bilden möchte, da die G7 nicht mehr alle wichtigen Volkswirtschaften umfasst. Es gibt also diesen Verweis auf eine „Kernfünf“: die Vereinigten Staaten, Japan, China, Russland und Indien. Europa – vielleicht überraschenderweise – steht nicht auf der Liste. Aber die Idee ist, dass diese fünf Länder eine Formel für Zusammenarbeit finden. Glauben Sie, dass das, sozusagen, eine zivilisierte und wohlwollende Version dieser Monroe-Doktrin schaffen könnte?

#Jeffrey Sachs

Zunächst einmal ist es interessant. Ich denke, es gibt einen sehr wichtigen Unterschied zwischen dem Militär und der Wirtschaft, und ich ziehe es vor, die beiden klar voneinander zu trennen. Aber im Moment geschieht das Gegenteil. Die derzeitige Sichtweise ist, dass in der Wirtschaft alles mit dem Militär zu tun hat, und deshalb bricht der Handel zusammen, weil angeblich alles eine doppelte Verwendung hat. Das bedeutet: „Oh, diese Technologie könnte in einer Waffe auftauchen – also können wir keinen Handel treiben, also können wir keine Lieferketten haben, also müssen wir den internationalen Handel, die Finanz- und das Investitionssystem auseinanderreißen.“ Das ist ein großer Fehler. Es ist eine Art paranoider Irrtum, und er setzt die Generäle an die Spitze der Wirtschaft. Nein, danke. Das ist nicht die richtige Art, die Dinge zu betrachten.

Ich denke, dass eine Verständigung zwischen den Großmächten von entscheidender Bedeutung ist – wegen der Atomwaffen, wegen der gefährlichen Bewaffnung, weil wir uns nun in Richtung autonomer Waffen, Weltraumwaffen, Cyberkrieg und die neue Kriegsführung der Technologie im digitalen Zeitalter bewegen: Drohnenschwärme und all das. Daher ist die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation zwischen Großmächten äußerst hoch. Und die Kriegstromele in unserem Journalismus, zum Beispiel im Westen, sind erschreckend. Die New York Times veröffentlichte vor ein paar Tagen einen Artikel ihres Herausgeberteams über die Vorbereitung auf die Zukunft des Krieges – was schockierend, widerlich und unfassbar ist in seiner Betonung der Kriegsbereitschaft statt der Diplomatie. Daher wünsche ich mir, dass vier oder fünf der Großmächte sich zusammensetzen und diese Sicherheitszonen ausarbeiten – um zu verstehen, aufzuhören, sich gegenseitig zu stören, aufzuhören, Konflikte zwischen den USA und China zu provozieren, aufzuhören, Konflikte zwischen den USA und Russland zu provozieren. Darum geht es.

Wenn es um die Wirtschaft geht, bin ich zunächst einmal weit weniger überzeugt, dass diese fünf in irgendeiner Weise die richtigen fünf sind oder dass es eine Art exklusiver Ordnung in der Wirtschaft gibt, denn die Wirtschaft sollte einfach ein Win-win-System zur Förderung wirtschaftlicher Verbesserungen sein, kein Spiel einiger weniger großer Volkswirtschaften. In diesem Sinne haben wir eine multilaterale Wirtschaftsordnung, die über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurde. Die Welthandelsorganisation ist ein Beispiel dafür. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum ist ein Beispiel dafür. Die Internationale Fernmeldeunion ist Teil davon. Die IATA für die Zivilluftfahrt ist Teil davon. Mit anderen Worten, dies sind internationale Normen für internationales wirtschaftliches Verhalten.

Und wir haben die G20, die Trump im Moment zu zerstören versucht, weil er nicht will, dass Indonesien, Brasilien, Südafrika, die Türkei und andere mit am Tisch sitzen – obwohl dies sehr bedeutende Länder mit Hunderten von Millionen Menschen sind. Trump sagt: „Nein, nein, ich werde eine andere Liste auswählen“, und diese Liste ist im Wesentlichen ausschließend. Für die Wirtschaft gibt es keinen Grund für eine solche Ausgrenzung. Im Gegenteil, sie ist sehr gefährlich. Unser Hauptziel sollte kollektiver Wohlstand sein. Wir sollten uns darüber freuen, dass die G20 die

Afrikanische Union und ihre 1,5 Milliarden Menschen – die Mitgliedsstaaten der AU – in den G20-Prozess aufgenommen hat. Was jedoch kürzlich bei der G20 in Johannesburg geschah, ist, dass Trump sie boykottierte.

Er ist ein Bigotter. Er ist ein Rassist. Seine Basis ist so – genau das spricht er an. Also sagt er: „Ich gehe nicht an diese Orte.“ Das ist eine Art von Rassismus, die tatsächlich vulgär ist, und sie ist eine treibende Kraft, zumindest in Trumps Vorstellung. Ich will nicht über andere sprechen. Menschen können ihn unterstützen und trotzdem weit davon entfernt sein. Aber für Trump ist das tatsächlich eine Überzeugung. Und wenn er dann sagt: „Nein, ich werde diese Gruppe für die Wirtschaft an den Tisch holen“, finde ich das nicht nur unüberzeugend, sondern auch sehr kalkuliert und ärgerlich. Er lässt die 1,5 Milliarden Menschen Afrikas außen vor, er lässt die 700 Millionen Menschen Südostasiens in den elf ASEAN-Ländern außen vor, er lässt die Hunderte Millionen Menschen in Lateinamerika außen vor. Nein, danke.

#Glenn

Nun, nein, das ist ein sehr guter Punkt. Und ich denke, viele dieser Länder – Indonesien, die Türkei, sogar Brasilien – die Vorstellung, dass sie einfach nur kleinere Akteure sind oder dass dieses riesige Land unter die Monroe-Doktrin gestellt werden sollte, als wäre es ein exklusiver Einflussbereich der USA, ist ziemlich ... nun ja, angesichts der neuen Machtverteilung nicht rational. Und ich denke, eines, das wir in der multipolaren Welt sehen werden, ist, dass viele mittelgroße Länder deutlich mehr politische Autonomie gewinnen. Lassen Sie mich nur – eine letzte, ganz kurze Frage stellen. Die neue Trump-Monroe-Doktrin scheint eine klare Haltung einzunehmen, dass China und Russland nicht in der westlichen Hemisphäre präsent sein sollen. Wenn man das Dokument liest, welche Rolle, glauben Sie, dürften China und Russland in der westlichen Hemisphäre nach Trumps Vorstellung der neuen Monroe-Doktrin „haben“?

#Jeffrey Sachs

Ganz klar, ja. Trump weiß genau, was er tut, nämlich insbesondere China aus der westlichen Hemisphäre auszuschließen, was seine Rolle in Infrastruktur, Investitionen, Geschäftsabläufen, Bergbau und so weiter betrifft. Die Idee lautet: Wir betreiben, kontrollieren, erpressen und enteignen in der westlichen Hemisphäre – sonst niemand. Das ist ganz ausdrücklich, denn es geht nicht nur um Einmischung in innere politische Angelegenheiten oder das Militär; es geht um das, was sie strategische Vermögenswerte nennen, sowie um Verträge und Infrastruktur. Wir haben das bereits am Beispiel des Panamakanals gesehen, wo Trump sagte: „Ihr könnt kein internationales Unternehmen aus Hongkong in der Panamakanalzone betreiben.“ Im Ernst? Hutchison? Das ist ein etabliertes Unternehmen aus Hongkong mit britischem Hintergrund. Der Eigentümer besitzt, wenn ich mich nicht irre, die kanadische Staatsbürgerschaft.

Und plötzlich sagt Trump, dass ein regulärer Hafenbetriebsdienst eines Unternehmens aus Hongkong nicht erlaubt sei. Die Idee dahinter ist, China aus diesem Geschäft herauszuhalten, damit die

Vereinigten Staaten die gesamte Ausbeutung übernehmen können. Das ist unglaublich. Ich halte das für völlig wahnhaft und überheblich. Es wäre verheerend für die Volkswirtschaften Amerikas, wenn sie dem tatsächlich folgen würden, denn China ist derzeit ihr wichtigster Handelspartner. Aber das ist der Versuch, China herauszuhalten – aus der Infrastruktur, aus den Hafendiensten, aus dem Schienenverkehr und anderen Bereichen. Das sind keine strategischen Vorstöße Chinas. Das ist keine Militarisierung. Das ist Wirtschaft. Das ist Handel. Wir sollten Handel, Militär- und Nuklearfragen voneinander trennen. Wenn wir das nicht tun, zerstören wir die Wirtschaft zusammen mit unserer Paranoia. Und genau das wollen wir vermeiden.

#Glenn

Nun, vielen Dank, dass Sie sich so früh Zeit genommen haben – an einem Freitag natürlich. Ich weiß, dass es dort in Rom ein wichtiger Tag ist, also vielen Dank.

#Jeffrey Sachs

Großartig. Schön, hier zu sein. Vielen Dank, Glenn.